

„Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“ – Bremer Impulse

Der UB-Parteitag begrüßt den Beschluss des Parteivorstands „Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“. Der UB-Parteitag begrüßt insbesondere, dass folgende, auch von der Bremer SPD vorangebrachte, Punkte Eingang in das Papier gefunden haben und bittet die Bremer Mitglieder des Parteivorstands und die Bremer Delegierten zum Parteitag, sich für ihre unmissverständliche Verankerung im noch anstehenden Parteitagsbeschluss einzusetzen:

- Die SPD spricht sich erstmals auf Bundesebene für eine Kindergrundsicherung aus. Das bedeutet vor allem: „Kinder raus aus Hartz IV“. Diesen Grundsatzbeschluss erachtet der UB-Parteitag für wegweisend. Die Kindergrundsicherung ist seit langem eine Forderung aus Bremen. Wir danken daher insbesondere Bürgermeister Carsten Sieling für seinen Einsatz.
- Wie in der Bremer Landesverfassung, der Bundesgesetze an dieser Stelle bisher leider nicht gefolgt sind, soll auf Bundesebene ein „Recht auf Arbeit“ verankert werden. Der UB-Parteitag begrüßt, dass der Parteivorstand zur Verwirklichung des Rechts vorschlägt, die Arbeitsagentur zur „Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung“ zu machen, ein Recht auf Weiterbildung einzuführen und bei Teilnahme an Qualifizierung unter anderem länger Arbeitslosengeld I zu zahlen (ALG Q).
- Wer trotz Qualifizierung langzeitarbeitslos wird, für den soll das Recht auf Arbeit am sozialen Arbeitsmarkt verwirklicht werden. Der UB-Parteitag sieht dafür zuvorderst den Bund in der Pflicht. Weiterhin sind die Bundesprogramme so zu gestalten, dass sie die Landesprogramme jener Länder, die hier bereits vorangegangen sind – wie Bremen auf Initiative von Carsten Sieling – nicht erschweren, sondern ergänzen.
- Wessen Arbeitslosengeld I künftig ausläuft, bleibt in der neuen Grundsicherung, dem „Bürgergeld“, zwei Jahre von Prüfungen des Vermögens und der Woh-

35 nungsgröße verschont. Überzogene Sanktionen werden abgeschafft, es bleibt aber bei Mitwirkungspflichten.

- Der Mindestlohn soll auf 12 Euro angehoben werden. Wer Vollzeit arbeitet, muss davon leben können!

40 Der UB-Parteitag fordert, das Sozialstaatskonzept um folgende Punkte zu ergänzen und bittet seine oben genannten Vertreter*innen, diese als weitere Bremer Impulse einzubringen:

- Der Zugang zum Arbeitslosengeld I sollte für Menschen, die häufig arbeitslos
45 werden, über das von der Bundesregierung beschlossene Maß hinaus weiter erleichtert werden. Das ist für Industriestandorte wie Bremen von Bedeutung. Es hilft konkret den 17.500 in Bremen arbeitenden Leiharbeiter*innen.
- Es darf nicht wahr sein, dass Menschen, die mit Ende 50 arbeitslos werden und deren Bewerbungen immer noch zu häufig von Unternehmen links liegen gelassen werden, ihre jahrzehntelang erarbeiteten Ersparnisse aufbrauchen müssen.
50 Für diese Menschen sieht das Papier bereits deutliche Verbesserungen vor. Es fehlt jedoch noch eine verlässliche „Brücke in die Rente“. Wir schlagen deshalb vor: Wer ab einer Altersgrenze von 57 Jahren arbeitslos wird, im Rahmen ihres/seines Rechts auf Weiterbildung eine Qualifizierungsmaßnahme erfolgreich
55 absolviert und dennoch keine Arbeit findet, erhält Anspruch auf eine „Brücke in die Rente“, d.h. eine Absicherung oberhalb der Grundsicherung und ihre/seine Ersparnisse dürfen bis zur Rente nicht angetastet werden.
- Schließlich fehlen Aussagen zur derzeit mangelhaften Berechnung des Regelsatzes im künftigen Bürgergeld. Der UB-Parteitag spricht sich dafür aus, die Berechnung fair unter Berücksichtigung der „verdeckten Armut“ vorzunehmen.
60